

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

26.11.1888 (No. 327)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 26. November.

N^o 327.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1888. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 26. November.

In der Sonntagsnummer dieses Blattes haben wir die Zusammensetzung des neuen rumänischen Ministeriums mitgeteilt, das sich als ein junimistisch-konservatives Koalitionsministerium, jedoch mit weit überwiegend junimistischem Einflusse darstellt. Eine Aenderung im Regierungsprogramm wird infolge der theilweisen Neubildung des Kabinetts schwerlich eintreten, da die konservativen Abgeordneten auf das Reformprogramm Rosetti-Carps hin gewählt worden sind und weniger abweichende politische Meinungen als Fraktionsinteressen zur Geltung zu bringen suchen. Der Ministerpräsident Rosetti ist sich wohl auch bewußt, daß der Eintritt zweier konservativer Mitglieder in das Kabinet ihn nicht zwingen wird, sein Programm in wesentlichen Punkten zu ändern; sonst hätte er statt der Verständigung mit den Konservativen es sicherlich vorgezogen, die neu gewählten Kammern aufzulösen, wozu er bereits vom König Vollmacht besaß, denn die Bevölkerung Rumäniens hat bei den Wahlen gezeigt, daß sie das Programm der Regierung billigt. In jedem Falle birgt das Verbleiben des Herrn Carp an der Spitze des Ministeriums des Auswärtigen dafür, daß wenigstens die auswärtige Politik Rumäniens durch die theilweise Neugestaltung des Kabinetts nicht berührt werden wird.

Wochen-Rundschau.

Die Kaiserlichen Majestäten sind für die Dauer der Wintermonate nach Berlin übergesiedelt, wo Seine Majestät der Kaiser am Donnerstag im Weißen Saale des königlichen Schlosses den Reichstag eröffnete. Die guten Beziehungen Deutschlands zu den fremden Mächten, von denen die Ansprache des Kaisers zur Reichstags-eröffnung spricht, wurden gewissermaßen durch den Umstand illustriert, daß gleichzeitig hohe Angehörige der Höfe Rußlands, Italiens und Oesterreichs zum Besuche der Majestäten in Berlin weilten. Von Kopenhagen ist auf der Rückreise nach Petersburg der Großfürst-Thronfolger in Berlin eingetroffen und hat daselbst einen mehrtägigen Aufenthalt genommen, Erzherzog Franz Este befindet sich in Berlin, um dem Kaiser für seine Ernennung zum Rittermeister im 8. Husarenregiment zu danken, und aus Rom ist der Herzog von Aosta, der Bruder des Königs Humbert, mit Höchstseiner Gemahlin eingetroffen. Am Donnerstag Nachmittag fand bei den Majestäten zu Ehren der genannten Fürstlichkeiten ein größeres Diner statt. Auch das Geburtsfest Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich am vorigen Mittwoch konnte, da Allerhöchstdieselbe in London zum Besuche der Königin Victoria weilte, am Berliner Hofe nur durch ein bei den Kaiserlichen Majestäten stattfindendes Diner gefeiert werden.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin trafen am Sonntag aus Baden-Baden hier ein und begaben sich zunächst in das Sterbehaus des Generallieutenants z. D. v. Degenfeld. Der Großherzog wohnte auch der Trauerfeier für den Generallieutenant v. Degenfeld in der evangelischen Stadtkirche bei und empfing am späteren Nachmittag den k. k. österreichisch-ungarischen Gesandten Fürsten Wrede, welcher seiner königlichen Hoheit sein Abberufungsschreiben überreichte. Abends kehrten die Großherzoglichen Herrschaften nach Baden-Baden zurück.

Die Eröffnung des Reichstags hat sich, wenn auch nicht so feierlich, wie der Zusammentritt des Reichstags nach dem Regierungsantritte Seiner Majestät des Kaisers, so doch feierlicher als in den vorhergegangenen Jahren gestaltet, da Seine Majestät die Eröffnung persönlich vollzog. Der rein geschäftliche Theil der Thronrede, das heißt die Aufzählung der dem Reichstage zugebachten Gesekentwürfe, erfordert keinen großen Umfang, da die vorzuliegenden Entwürfe größer an Bedeutung wie an Zahl sein werden; dagegen sprach der Kaiser an hervorragender Stelle der Thronrede von den Ergebnissen seiner beiden Auslandsreisen und betonte in nachdrücklicher Weise sein Interesse an einer erspriesslichen Fortführung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Im Auslande hat einen besonders tiefen Eindruck der feierliche Ernst gemacht, mit welchem in der Thronrede die Friedlichkeit der deutschen Politik hervorgehoben wurde.

In den österreichischen Häfen am Adriatischen Meere findet das deutsche Schulgeschwader eine glänzende Aufnahme; die Vertreter der österreichischen Civil- und Militärbehörden wetteifern in dem Bestreben, den deutschen Bundesgenossen ihre Sympathien kundzugeben, und bei den festlichen Anlässen zu Ehren der deutschen Gäste ist manches bedeutende und herzliche Wort gesprochen worden, das in der öffentlichen Meinung Oester-

reich-Ungarns und Deutschlands einen lebhaften Widerhall fand. Der deutsche Contreadmiral v. Hollleben betonte bei einem Festmahle in Fiume, Seine Majestät der Kaiser habe ihn beauftragt, mit dem Geschwader die österreichische Meeresküste aufzusuchen, um dieselbe kennen zu lernen, und er habe nicht bloß die bewährte Gastfreundschaft gefunden, sondern auch die eminenten Fortschritte, die hier gemacht worden seien, wahrgenommen. In Wien wurde gestern der Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und der Schweiz unterzeichnet. Derselbe gilt bis zum 1. Februar 1892. Die kurze Dauer steht in Zusammenhang mit dem Ablauf der schweizerisch-französischen Verträge zu jenem Zeitpunkte.

In Frankreich bieten die von Ruma Gilly und von Wilson veranlaßten publizistischen Enthüllungen, das heißt die Angriffe gegen eine Menge meist in parlamentarischer Stellung befindlicher Leute, denen Bestechung und Unterschlagung zur Last gelegt wird, ein unerquickliches Schauspiel. Der von Andreux gegen Gilly angestrebte Verleumdungsprozeß vor dem Schwurgericht in Nîmes endigte unentschieden, da Andreux seine Klage zurückzog, nachdem der Angeklagte versichert hatte, daß seine Anschuldigungen sich nicht auf den Kläger bezögen; statt Klarheit in die Situation zu bringen, verwirrte der Ausgang des Prozesses erst recht das öffentliche Urtheil und die Beschuldigungen angesehener Männer arteten in einen öffentlichen Skandal aus. Gilly scheint sein Pulver nun freilich verschossen zu haben; er veröffentlichte das angebliche Beweismaterial für seine Anklagen in einem Buche, das sich als eine Sammlung bekannter, zum Theil unbewiesener, zum anderen Theil schon widerlegter Klatschgeschichten erwies, und erzielte damit keinen anderen Effekt als den, daß ihm mehrere neue Prozesse wegen Verleumdung zugestiftet wurden. Andreux schlug sich mit Virei Guyot, der ihm vorgeworfen hatte, mit Gilly unter einer Decke zu spielen, und holte sich eine Verwundung, die wie bei den meisten politischen Zweikämpfen in Frankreich von recht erfreulicher Ungefährlichkeit war. Die Erregung des Publikums würde sicherlich schon beschwichtigt sein, wenn nicht der Schwiegersohn Greys's die Enthüllungskampagne in der „Petite France“ fortsetzen würde. Wilson hat jedoch angekündigt, einen seiner ehemaligen Gegner nach dem anderen moralisch vernichten zu wollen, und ist jetzt dabei, die Wirkung dieser Prozedur an dem Bankier Veil-Bicaud zu probiren.

Die italienische Deputirtenkammer wiederholte am Montag ihre Abstimmung über denjenigen Theil des neuen Gesetzes, die Reform über öffentlichen Sicherheitswesens betreffend, der sich auf die Verbeibaltung der Ammunition, der besonderen polizeilichen Ueberwachung von Landstreichern und Arbeitslosen bezieht, nachdem die erste Abstimmung für ungültig erklärt worden war, weil nicht die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern anwesend war. Crispi hatte der Angelegenheit eine prinzipielle Bedeutung gegeben und aus der Verbeibaltung der Ammunition eine Cabinetsfrage gemacht, da es ihm darauf ankam, alsbald nach Wiederbeginn der parlamentarischen Verhandlungen die Stärke der ministeriellen Kammermehrheit zu konstatiren. Das Ergebnis konnte ihn befriedigen, denn die Kammer lehnte einen gegen die Ammunition gerichteten Antrag mit 174 gegen 39 Stimmen ab. Am Mittwoch ist sodann das ganze Gesetz über die Reform des öffentlichen Sicherheitswesens mit 164 gegen 58 Stimmen angenommen worden. Der Deputirte Sant-Onofrio brachte am Freitag die häufigen Verspätungen der Eisenbahnzüge und die wiederholten Eisenbahnunfälle zur Sprache, indem er namentlich die Aufmerksamkeit der betheiligten Minister auf die Frage lenkte, was im Falle einer plötzlichen Mobilmachung zu erwarten sei, wenn solche Uebelstände schon unter normalen Verhältnissen im Eisenbahnwesen zu Tage träten. Der Minister für die öffentlichen Arbeiten und der Kriegsminister beantworteten die Interpellation mit eingehenden Darlegungen des Sachverhalts und wiesen die pessimistischen Anschauungen des Interpellanten zurück.

Dem englischen Parlament liegt ein Regierungsantrag auf Bewilligung von 5 Millionen Pfund Sterling zum Ankauf irischer Pachtgüter vor. Die Summe soll im Sinne des Lord-Ashbourne-Gesetzes dazu dienen, die Herstellung eines soliden Kleingrundbesitzes herbeizuführen, indem aus ihr Vorküßle an solche Pächter gewährt werden, welche Grundbesitz käuflich zu erwerben trachten. Gladstone bekämpfte die Vorlage durch einen Gegenantrag, nach dem die rückständigen Pachtzinsen herabgesetzt und eventuell annullirt werden sollten; das Unterhaus verwarf den Antrag jedoch und nahm die Regierungsvorlage am Dienstag in erster Lesung und am Freitag auch in zweiter Lesung an.

Deutschland.

* Berlin, 25. Nov. Seine Majestät der Kaiser ist gestern Abend 8 Uhr 20 Minuten mit seinen erlauchten Jagdgästen aus Beßlingen hierher zurückgekehrt.

— Se. Königl. Hoheit der Herzog von Kosta begab sich heute mit seinem Gefolge nach Charlottenburg und Potsdam und legte Lorbeer- und Blumenkränze mit Bändern in den italienischen Farben an den Särgen des Kaisers Wilhelm und des Kaisers Friedrich nieder.

— In der Budgetkommission des Reichstages wird, wie die „Nat.-Ztg.“ mittheilt, der Abg. v. Bennigsen zum Vorsitzenden gewählt werden. (Bekanntlich hatte Herr v. Bennigsen diesen Posten schon früher, ehe er 1873 sein Mandat niederlegte, lange Jahre inne.)

— Zum Marinestat wird der „Landes-Ztg. für Elsaß-Lothringen“ aus Berlin geschrieben:

Derjenige Theil des neuen Etats, welchem mit besonderem Interesse entgegen gesehen wurde, ist der der Marine. Es haben für die letztere verschiedene, zum Theil umfassendere Reorganisationspläne bestanden, augenscheinlich ist die Entscheidung dahin ausgefallen, zunächst im engen Anschluß an das Vorhandene und auf dem bestehenden System weiterbauend, eine entsprechende Vermehrung der Flotte eintreten zu lassen und alle übrigen Fragen bis dahin zurückzustellen, wo die Vollenbung des Nordostkanals und die bis dahin durchgeführte Erweiterung der Marine von selbst zu einer Neuorganisation führen werden. Der Neubau von zusammen 28 Schiffen ist im Wesentlichen auf den Zeitraum von 5 Jahren vertheilt, so daß spätestens im Jahre 1895 Deutschland zur See in wesentlich anderer Gestalt erscheinen kann. Für die großen Panzerschiffe ist eine drei- bis vierjährige, für die Korvetten, Kreuzer u. s. w. eine zweijährige Bauzeit in Aussicht zu nehmen. Mit der Vollenbung der Neubauten wird auch die Erhöhung der Friedensstärke der Matrosen- und Bestdivison, der Marine-Artillerie u. s. w. in dem Maßstabe stattfinden, daß die zur Herstellung der (gegenwärtig 30 000 Mann betragenden) Kriegsetats erforderliche Friedensetat in den einzelnen Abtheilungen der Marine voll erreicht werde. Der beim Reichstage in Antrag gebrachte Schritt der Marinewerwaltung läßt sich im Wesentlichen dahin charakterisiren, daß während die Thätigkeit der Marine-Verwaltung in der Periode Caprioli wesentlich der Küstenverteidigung und dem Kreuzerdienst gewidmet war, die letztere nunmehr in der Hauptsache als abgeschlossen erachtet wird und die Fürsorge sich wieder mehr der Schlachtflotte und den Bedürfnissen des Krieges auf hoher See zuwendet, nach der gesicherten Defensive — die Offensive. Hiernach wird einstweilen auch mit der Vermehrung von Torpedoschiffen und Torpedo-Divisionschiffen innegehalten werden. Die Denkschrift von 1884 veranschlagte die zu erbauende Gesamtzahl derselben auf 150, von denen 35 vorhanden waren, es wurden als dringlich beantragt und bewilligt 70, welche seitdem noch eine weitere Vermehrung erfahren haben. Mit der Forderung für Schiffsbauten, welche im Reichstage wesentlichen Schwierigkeiten voraussichtlich nicht begegnen wird, ist ein weiterer Schritt zur Ausfüllung eines größeren Rahmens geschehen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, daß durch allerhöchsten Erlaß vom 21. d. auf Antrag des Justizministers bestimmt worden ist, daß die Verleihung des höheren Amtscharakters mit dem Range der Räte vierter Klasse durch die Ernennung zum Landgerichtsrath oder Amtsgerichtsrath, statt wie bisher ein Drittel, nunmehr die Hälfte der Gesamtzahl der Landrichter und Amtsrichter umfassen kann.

— Ueber den Inhalt der Zusatzkonvention zu dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrage läßt sich die „Köln. Ztg.“ aus Berlin folgendes berichten:

Das Zusatzabkommen zu dem deutsch-schweizerischen Handelsvertrage soll deutscherseits Tarifierabsetzungen bewilligen für baumwollene Stidereien, mehrere Seidenartikel, gewalztes Gold, besonders Taschengüter; ferner Tarifierabsetzungen bei einigen Arten von Baumwollengarn, bei einigen Stidereien, die keine baumwollene sind, bei Maschinen, Räte u. s. w. Bekanntlich soll Deutschland auch einige Erweiterungen für den Veredlungsverkehr zugelassen haben. Die schweizerischen Gegenbewilligungen sollen Tarifierabsetzungen zugestehen bei einzelnen Bau- und Holzgattungen, Bier, Portlandement, einigen Geweben und verschiedenen Kleidungsstücken, endlich Tarifierabsetzungen besonders für Nordfleischwaren, Buchenbindenwaren, raffinierten Zucker, Wein, Pferde und noch einiges andere.

Oesterreich-Ungarn.

Fest, 24. Nov. Das Abgeordnetenhaus nahm mit überwiegender Mehrheit die Gesekentwürfe über die Schankgefälle an. Die Regalienablösung ist zur Grundlage einer Spezialberatung gemacht, welche am Montag beginnt. — Der „Pester Lloyd“ polemisiert gegen die „Bosnische Zeitung“ und sagt: „Die Grundgedanken der Taaffe'schen Politik, die Völkerveröhnung, die Heranziehung sämtlicher österreichischer Volksstämme an die Verfassung und die Umwandlung der nationalen Parteien in politische sei auf die Intention des Kaisers zurückzuführen. Dieses leitende Motiv ist aber dermaßen berechtigt, naturgemäß und notwendig, daß selbst ein Ministerium aus den Reihen der deutsch-liberalen Partei es unbedingt acceptiren müßte und ohne Zweifel auch acceptiren würde. Wenn die „Bosnische Zeitung“ frage,

